

5. Die Snowden-Enthüllungen: Das Netz und die Nachrichtendienste

Mit der schnellen Diffusion von IT in unterschiedlichste gesellschaftliche Bereiche einhergehend, wurden immer größere Datenmengen digital gespeichert. Das Internet ist dabei in den letzten 20 Jahren zu einer globalen Informationsinfrastruktur geworden, über die Daten von Staaten, Unternehmen und BürgerInnen versendet werden oder abrufbar sind. Die Enthüllungen von Edward Snowden im Juni 2013 haben gezeigt, dass diese neue Informationsquelle von Geheimdiensten besonders intensiv genutzt wurde bzw. wird. Die offengelegten Praktiken betrafen dabei sowohl die Beziehungen zwischen Regierungen und ihren Bevölkerungen als auch die zwischenstaatlichen Geflogenheiten. Die Enthüllungen warfen dabei Licht auf die problematischen Beziehungen zwischen (verbündeten) Staaten – welche geheimdienstlichen Praktiken sind international erlaubt? – als auch das Verhältnis zwischen Regierung und Bevölkerung – welchen Schutz genießen (die eigenen oder verbündete) StaatsbürgerInnen? Sie irritierten auf beiden Ebenen und zwangen die Regierungen sowohl domestisch als auch international ihre Beschützer-Rollen neu bzw. erstmals explizit zu definieren. Die Enthüllungen bieten die Möglichkeit, einen Einblick in die sonst weitgehend klandestinen Praktiken der Geheimdienste zu erlangen und die Politiken beider Untersuchungsstaaten zu vergleichen. Im Zentrum des folgenden Kapitels stehen daher die geheimdienstlichen Praktiken, die durch die Veröffentlichungen einer gesellschaftlichen Debatte zugänglich wurden. Untersucht wird, wie Regierungen ihre Beschützer-Rollen mit Blick auf den Auslandsgeheimdienst bzw. im britischen Fall das für Signal Intelligence zuständige GCHQ definiert haben und welche Kompetenzen den Diensten zugesprochen wurden, um die Beschützer-Rolle auszufüllen bzw. welche Kontestationsprozesse erfolgten.

Durch die veröffentlichten Dokumente sowie durch weitere journalistische Recherchen und parlamentarische Untersuchungen wurde deutlich, dass die Regierungen ihre Beschützer-Rollen im Geheimen weiter definiert hatten, als öffentlich bekannt war. Die Enthüllungen bilden aufgrund ihrer innerstaatlichen sowie internationalen Implikationen den zentralen Kristallisierungspunkt, an dem die Beschützer-Rollen im Bereich der Geheimdienste untersucht werden. Der Un-

tersuchungsbereich unterscheidet sich wesentlich von der Kriminalitätsbekämpfung, da es hier nicht um die Regulation nichtstaatlicher Akteure (Krimineller) geht, sondern um die Praktiken staatlicher Institutionen.

Die Entwicklungen im Kontext der Snowden-Enthüllungen sind einerseits besonders relevant, da hierdurch verschiedene problematische Praktiken aufgedeckt wurden. Hierzu zählt die im Internet erschwerete Unterscheidung zwischen innerstaatlicher und ausländischer Kommunikation. Mit dem Vereinigten Königreich und der Bundesrepublik werden ferner zwei Staaten verglichen, die sich auf unterschiedlichen Seiten der Enthüllungen wiederfanden. Während Großbritannien zusammen mit den USA für expansive Geheimdienstaktivitäten vielfach kritisiert wurde, zählte Deutschland zu den prominentesten KritikerInnen der enthüllten Praktiken.

5.1 Deutschland

5.1.1 Die Snowden-Enthüllungen: Die Bundesregierung zwischen Verunsicherung, Abhängigkeit und zaghafter Selbstbehauptung

Die Reaktion der Bundesregierung auf die Enthüllungen und die berichtete Ausspähung von sowohl Teilen der Regierung als auch der deutschen Bevölkerung war durch zwei Bestreben gekennzeichnet. Erstens versuchte sich die Regierung der eigenen Beschützer-Rolle zu versichern und zu evaluieren, inwiefern diese durch die Nachrichtendienste der Partnerstaaten unterminiert worden war. In diesem Kontext untersuchte die Regierung bspw., ob es domestisch zu einer (physischen) Beeinträchtigung der deutschen Internetinfrastruktur gekommen war. Weiterhin richtete die Bundesregierung die eigene Beschützer-Rolle partiell neu aus und legte deren Referenz (Schutz vor wem?) auch auf die Aktivitäten verbündeter Staaten. Zweitens war die Regierung auf internationaler Ebene bestrebt, die enthüllten Praktiken zu verändern und für mehr staatliche Zurückhaltung zu werben. Hier versuchte die deutsche Exekutive, bspw. durch die Unterstützung einer UN-Resolution, eine restriktivere Praxis zu etablieren sowie bilaterale Abkommen zur Beschränkung von Spionage abzuschließen. Als dieses Ansinnen absehbar scheiterte, beförderte dieses internationale Rollenspiel und die resultierende Frustration die domestische Neuausrichtung bzw. Erweiterung der Beschützer-Rolle. Beide Bestrebungen wurden aber stets durch die Abhängigkeit der Beschützer-Rolle, insbesondere von amerikanischen Geheimdienstinformationen, moderiert, sodass eine direkte Konfrontation ausblieb.

Unmittelbar nach den Veröffentlichungen der Dokumente von Edward Snowden machte die deutsche Regierung deutlich, dass sie die expansiven Überwachungspraktiken der US-amerikanischen NSA und des britischen GCHQ nicht